

■ Was kostet die Abfallentsorgung?

Jeder Mainzer Haushalt muss Müllgebühren bezahlen, die sich an der Größe seiner Restmülltonne orientieren. Für eine 120-Liter-Restmülltonne werden Müllgebühren in Höhe von 196,32 Euro im Jahr fällig. Inklusiv sind aber die Wertstofftonnen, Gelben Säcke, viermal Sperrmüll im Jahr und die Nutzung der Wertstoffhöfe. Eine vierköpfige Durchschnittsfamilie, die mit einer 60-Liter-Restmülltonne auskommt, zahlt im Jahr 98 Euro Abfallgebühren. Diese wurden seit 2001 nicht mehr erhöht, und auch in diesem und im nächsten Jahr stehen laut Winkel keine Erhöhungen an.

ÖDP kritisiert Gebührenhöhe

red. Die Stadtratsfraktion ÖDP/Freie Wähler findet die Müllgebühren in Mainz zu hoch – „auch wenn die Stadt immer wieder auf angeblich billige Entsorgungskosten hinweist“. „Dies ist Augenwischerei“, so Hartmut Rencker von der ÖDP. Günstig sei zwar der einzelne Liter. Die Kosten berechneten sich jedoch aus „den nicht bedarfsgerechten Mülltonnengrößen“. Die Stadt verweigere bei den überwiegend eingesetzten Sammel-Großtonnen hartnäckig die Reduzierung von Übergrößen, so die ÖDP. Dadurch zahlten die Bürger für ein Müllvolumen, das sie nicht nutzten. „Das von Werkleiter Winkel genannte Beispiel von 98 Euro Jahresgebühren für eine vierköpfige Durchschnittsfamilie geht an der Realität vorbei“, so die Stadtratsmitglieder Dr. Claudius Moseler (ÖDP) und Herbert Egner (Freie Wähler). Nur Besitzer von Einfamilienhäusern, die nicht zwangsweise an Sammeltonnen angeschlossen sind, könnten ihren Müllbedarf bestimmen. Für Mieter gelte diese Regelung nicht.

Reichel: Müllgebühren gerechtfertigt

fhl. „Einer Erhebung des Bundes der Steuerzahler zufolge befindet sich die Stadt Mainz im bundesweiten Vergleich bei den günstigsten Entsorgungskosten im vorderen Drittel, in Rheinland-Pfalz sogar unter den ersten drei“, weist Umweltdezernent Wolfgang Reichel Kritik der ÖDP-Stadtratsfraktion an der Höhe der Müllgebühren in Mainz zurück.

Die Leistungen für dieses Geld seien vorbildlich: Rest-, Bio-, Papier- und Glasabfall sowie Sperrmüll (kostenlos bis zu vier Mal im Jahr) würden von den Grundstücken abgeholt. Auch die Abgabe von Wertstoffen auf Recycling- und Wertstoffhöfen sowie Sondermüll an verschiedenen Stellen sei kostenfrei.

Für eine hohe Mülltrennung biete der Entsorgungsbetrieb intensive Aufklärung und Beratung an, wie durch das Mainzer-Müll-Magazin, und lasse gemeinsam mit Wohnbauunternehmen in Großwohnanlagen Fehlbefüllungen überwachen und beseitigen.

Nicht nachvollziehbar sei die Aussage, dass Bürgern nicht genutzte Übergrößen aufgezwungen würden, weist Dezernent Reichel auch diese Kritik zurück. Eine Verminderung des Behältervolumens sei möglich, allerdings würden mitunter Überprüfungen vorgenommen sowie Nachweise über die Mülltrennung verlangt.

Wolfgang Reichel: „Um eine weitere Verbesserung der Mülltrennung zu erreichen, sehen wir den eingeschlagenen Weg aus Schulungen, Beratung und Unterstützung durch Mitarbeiter des Entsorgungsbetriebes in Großwohnanlagen als den langfristig erfolgversprechendsten Weg an.“

Pressemitteilung zum Rechtfertigungsversuch von Reichel in der AZ vom 18.8.2007

ÖDP / Freie Wähler: Müll in Mainz keineswegs billig. Stadt verweigert Reduzierung der Tonnengrößen.

ÖDP + Freie Wähler beanstanden, dass Reichel den Eindruck zu erwecken versucht, eine Reduzierung der vielen Bürgern aufgezwungenen Mülltonnen-Übervolumina sei möglich. Genau das ist aber nicht der Fall. Jahrelange politische Auseinandersetzungen haben bisher nur zu punktuellen Teilerfolgen geführt. So legt die stadtnahe Wohnbau für eine Durchschnittswohnung ca. 300 Euro im Jahr an Müllgebühren um. Das entspricht ohne Zusatzgebühren für Standplatzkehren ca. 180 l Restmüll / Woche, oft genug für eine den Müll sorgfältig trennende Einzelperson.

Das von Werkleiter Winkel in der AZ genannte Beispiel von 98 Euro Jahresgebühren für eine vierköpfige Durchschnittsfamilie geht total an der Realität vorbei. Denn trotz zugegebener Übervolumina weigert sich der Entsorgungsbetrieb, eine bedarfsgerechte und sozialverträgliche Anpassung vorzunehmen. Der Entsorgungsbetrieb verlangt ohne Angabe von Rechtsgrundlagen, dass ausnahmslos alle Teilnehmer einer Müllzwangsgemeinschaft eine Volumenreduzierung beantragen müssen. Eine solche Solidarität zu erwarten, ist nach einer von OB Beutel bestätigten Aussage der Wohnbau nicht erreichbar, "weil es erfahrungsgemäß nahezu unmöglich ist, alle Mieter (ödp/FW: oder Teilnehmer von Zwangsgemeinschaften) zum Einverständnis zu bewegen, zumal nicht jedem ein persönlicher Vorteil ersichtlich sein dürfte". Also räumt der Entsorgungsbetrieb einzelnen Müllgroßproduzenten das Privileg ein, eine Bedarfsanpassung zu verhindern.

Nur Besitzer von Einfamilienhäusern, die nicht zwangsweise an Sammeltonnen angeschlossen sind, können ihren Müllbedarf bestimmen.